

Antrag 174/I/2020**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Realität der Mehrstaatigkeit jetzt endlich anerkennen!**

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagfraktion werden aufge-
2 fordert noch in der derzeitigen Legislaturperiode mit den
3 Koalitionspartnern das Staatsangehörigkeitsrecht dahin-
4 gehend zu ändern, dass das Prinzip der Vermeidung mehr-
5 facher Staatsangehörigkeiten aufgegeben wird.

6
7 Die Mitglieder der SPD-Bundestagfraktion werden wei-
8 terhin aufgefordert sich dafür einzusetzen, die im Gesetz
9 vorgeschriebene Voraufenthaltszeit von acht Jahren un-
10 ter Anrechnung von etwaigen Duldungszeiten abzusen-
11 ken, um weitere Einbürgerungshürden abzubauen. Wei-
12 terhin soll sich die Fraktion für eine Verbesserung der Si-
13 tuation für Personen einsetzen, die besondere Integrati-
14 onsleistungen erbracht haben (§ 10, Abs. 3 StAG) einset-
15 zen. Außerdem ist die rechtliche Situation von Lebenspart-
16 ner*innen Eingebürgerter (§ 9, Abs. 1 StAG) dringend zu
17 verbessern, um auch hier Einbürgerungshürden abzubauen.
18 en.

19

Begründung

21 Bereits 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion ei-
22 nen Gesetzentwurf zum Abbau von Einbürge-
23 rungshemmnissen im Staatsangehörigkeitsge-
24 setz vorgelegt (Drucksache 17/773; 23. 02.2010;
25 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/007/1700773.pdf>).

26

27 In den vergangenen 20 Jahren ist die doppelte Staatsan-
28 gehörigkeit längst Realität geworden: Laut Mikrozensus
29 lag der Anteil Eingebürgerter mit zweiter Staatsangehö-
30 rigkeit im Jahr 2016 bereits bei 57,8 Prozent, im Jahr 2000
31 waren es noch 44,9 Prozent.

32

33 Dabei ist der Anteil der Beibehaltung der bisherigen
34 Staatsangehörigkeit aufgrund des Herkunftslandes ver-
35 schieden: Während Staatsangehörige aus EU-Ländern
36 (Rumänien, Griechenland, Großbritannien, Italien und
37 Kroatien bei 100 Prozent) sowie dem Irak (78,5 Prozent)
38 und Syrien, den Pass des Herkunftslandes bei Einbürge-
39 rung behalten können, ist der Anteil der Beibehaltung von
40 Bewerber*innen aus der Ukraine (11,7 Prozent), dem Koso-
41 vo (9,4 Prozent) und der Türkei (16,4 Prozent) weiterhin im
42 Vergleich sehr gering.

43

44 Dieses Ungleichverhältnis führt zu einem weiterhin an-
45 dauernden Ausschluss von demokratischen Wahlen und
46 Teilhabemöglichkeiten von Millionen teilweise seit Jahr-
47 zehnten in diesem Land lebenden Bürger*innen. Mit der
48 Unmöglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsbürger-

49 schaft bei Beibehaltung einer zweiten Staatsbürgerschaft
50 ist ein weitgehender Ausschluss politischer Beteiligungs-
51 rechte bis hin zu kommunalen Wahlrechten dieser Perso-
52 nengruppe verbunden.

53

54 Eine Folge der Beibehaltung der bisherigen Politik wäre
55 eine weiterhin niedrige Einbürgerungsquote: Nach Erhe-
56 bungen der Stiftung Zentrum für Türkeistudien hat al-
57 lein in NRW zwischen 1999 und 2015 der Anteil türkischer
58 Staatsbürger*innen, die nicht die Absicht haben die deut-
59 sche Staatsbürgerschaft (bei Abgabe der zweiten Staats-
60 bürgerschaft) zu erwerben, von 50 Prozent auf 80 Prozent
61 zugenommen.

62

63 Dieser anhaltenden Diskriminierung im Staatsangehörig-
64 keitsrecht müssen wir als Sozialdemokrat*innen im Sinne
65 einer partizipativen und progressiven Politik entschieden
66 und deutlicher entgegentreten, um verlorenes Vertrauen
67 in die deutsche Sozialdemokratie wiederzuerlangen. Eine
68 Hinnahme der Mehrstaatigkeit im Staatsangehörigkeits-
69 recht unter Federführung der SPD wäre dazu ein wichtiges
70 Signal.

¹about:blank